

Mag. Alexander Schallenberg

Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.268.826

Wien, am 9. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mario Lindner, Kolleginnen und Kollegen haben am 9. April 2021 unter der ZI. 6201/J-NR/2021 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „konkrete Maßnahmen zur LGBTIQ-Gleichstellung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3 sowie 5 bis 8:

- *Für welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ-Personen aus dem Regierungsprogramm ist das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten zuständig?*
- *Wurden seitens Ihres Ministeriums bisher konkrete Schritte zur Umsetzung dieser Punkte gesetzt?
Wenn ja, welche? Bitte um detaillierte Auflistung.
Wenn nein, warum nicht und welche künftigen Maßnahmen sind geplant?*
- *Sind über das Regierungsprogramm hinausgehend Maßnahmen oder konkrete legislative Vorschläge durch Ihr Ministerium in Hinblick auf die Verbesserung der Situation von LGBTIQ-Personen geplant?
Wenn ja, welche? Bitte um detaillierte Auflistung.
Wenn nein, warum nicht?*

- *Für welche konkreten Handlungsfelder zur „Förderung der Gleichstellung von LGBTIQ (...) die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen“ sieht sich Ihr Ministerium in Hinblick auf die, im November 2020 übermittelte, Mitteilung der Europäischen Kommission über die LGBTIQ-Strategie „Union der Gleichheit“ zuständig?*
- *Wurden seitens Ihres Ministeriums konkreten nationalstaatliche Maßnahmen in Hinblick auf die Umsetzung dieser Strategie der Europäischen Kommission gesetzt? Wenn ja, welche? Bitte um detaillierte Auflistung. Wenn nein, warum nicht?*
- *Welche Beiträge zur Umsetzung dieser Strategie der Europäischen Kommission haben Sie bisher im Rahmen des Europäischen Rates gesetzt?*
- *Wie beurteilen Sie die Wichtigkeit des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Ziels der Erarbeitung nationalstaatlicher Aktionspläne zur LGBTIQ-Gleichstellung für die Republik Österreich?*

Aufbauend auf den Grundsätzen der Universalität der Menschenrechte und der Nicht-Diskriminierung tritt Österreich entschlossen gegen die Verfolgung von und Gewalt an Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, gegen Diskriminierung und für die Stärkung der Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, Transgender-, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ-Personen) ein. Österreich thematisiert dies regelmäßig auf bilateraler sowie auf multilateraler Ebene, unter anderem bei den Vereinten Nationen (VN), dort insbesondere im Rahmen der österreichischen Mitgliedschaft im VN-Menschenrechtsrat 2019 – 2021, in der Europäischen Union, dem Europarat oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Das Regierungsprogramm bietet eine ausgezeichnete Basis für diesen Einsatz meines Ressorts. Darüber hinaus verweise ich auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 4199/J-NR/2020 vom 17. November 2020.

Zu Frage 4:

- *Welche konkreten Projekte unterstützt Ihr Ministerium in Hinblick auf die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen? Bitte um detaillierte Auflistung.*

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) ist aktives Mitglied der „Equal Rights Coalition“ (ERC) – einem Netzwerk von 42 Staaten, das sich für LGBTIQ-Rechte einsetzt – und hat zuletzt am 19. April 2021 ein Statement dieser Gruppe betreffend schwere Menschenrechtsverletzungen und Missbrauch gegen LGBTIQ-Personen in Tschetschenien unterstützt. In diesem wird die Russische Föderation aufgefordert, die Empfehlungen des Berichterstatters des Moskauer Mechanismus der OSZE ohne weitere Verzögerung umzusetzen. Insbesondere wird eine wirksame, unparteiische und transparente Untersuchung der systematischen Verfolgung von LGBTIQ-Personen in Tschetschenien sowie die Beendigung der Straffreiheit für die Täter gefordert. Am 17. Mai, dem Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT), hat das BMEIA ein Statement der

„Diplomats for Equality“ unterstützt, einer Gruppe von in Wien ansässigen diplomatischen Missionen, internationalen Organisationen und weiteren Unterstützern, die sich zur Förderung und zum Schutz der Rechte von LGBTIQ-Personen bekennen. In diesem Statement werden insbesondere die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie betont, die die bestehenden Schwachstellen wie Vorurteile und soziale Stigmatisierung verschärft hat. Darüber hinaus zeigen sich die Unterzeichner des Statements alarmiert darüber, dass in vielen Ländern LGBTIQ-Personen weiterhin unter Mobbing, Diskriminierung und Gewalt, oft mit tödlichen Folgen, leiden und in 70 Ländern einvernehmliche Beziehungen zwischen Erwachsenen des gleichen Geschlechts kriminalisiert werden. Auch die Österreichischen Botschaften und Vertretungsbehörden setzen sich für die Umsetzung der Leitlinien der Europäischen Union und der darin vorgesehenen Maßnahmen im Ausland regelmäßig ein. Des Weiteren unterstützen zahlreiche Botschaften und Vertretungsbehörden lokale Erklärungen anlässlich des IDAHOBIT. Im Vorfeld des IDAHOBIT erging an die Österreichischen Botschaften und Vertretungsbehörden ein Runderlass, in dem auf den im Regierungsprogramm 2020–2024 verankerten „Internationalen Beitrag im Kampf gegen die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität sowie Einsatz für die Fortführung des Amtes des ‚Independent Expert for Sexual Orientation and Gender Identity‘ im Bereich der Außenpolitik“ verwiesen wird. Darüber hinaus werden die einschlägigen Entschlüsse des Nationalrats in Erinnerung gerufen und die Botschaften und Vertretungsbehörden eingeladen, diese entsprechend in ihrem Amtsbereich zu berücksichtigen.

Mag. Alexander Schallenberg

